

Stadt Eberswalde · Stadtverordnetenversammlung
Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler
c/o Dr. Günther Spangenberg, Talweg 8, 16225 Eberswalde
Tel.: (03334) 237645, eMail: elaho@telta.de

Eberswalde, 11. März 2013

Zur Zukunft des Ausschusses für Energiewirtschaft

Auf der Sitzung des Ausschusses für Energiewirtschaft der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde stand am 5. März 2013 die Diskussion zur Arbeitsweise und zu den Zielen des Ausschusses auf der Tagesordnung. Die Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler hat sich mit diesem Thema eingehend beschäftigt und vertritt folgende Auffassung.

Die Stadt Eberswalde verfügt über sehr gute Voraussetzungen für eine moderne und umweltgerechte Gestaltung der Energiewirtschaft. Bereits 1995 trat Eberswalde als eine der ersten Gemeinden im Osten Deutschlands dem Klimabündnis europäischer Städte mit den indigenen Völkern bei. Der damals entstandene Arbeitskreis Alternative Energien und der Verein Energiesparkontor Barnim e.V. leisteten auf dem Gebiet Erneuerbare Energien und Energieeinsparung wichtige Pionierarbeit, die später insbesondere vom Landkreis Barnim aufgegriffen wurde und in enger Zusammenarbeit mit der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) in die Initiative ERNEUER:BAR mündeten.

Die Stadt Eberswalde hat diese Aktivitäten begleitet und zum Teil gefördert. Die Schaffung des Ausschusses für Energiewirtschaft ist dafür ein Beleg. Aktuell erarbeitet die Stadt Eberswalde ein Energie- und Klimaschutzkonzept als weiteren Schritt in die vor 18 Jahren eingeschlagenen Richtung.

In der Arbeit des Energieausschusses gab es zuletzt gewissen Stockungen, die vor allem damit im Zusammenhang stehen, daß die geplante Rekommunalisierung der Energienetze vorerst gescheitert ist. Insofern ist durchaus eine Neuorientierung der Ausschußarbeit angesagt.

Wir wünschen uns für die Zukunft eine neue Qualität in der Arbeit des Energieausschusses. Dabei sollte sich die Ausschußarbeit nach unserer Ansicht keineswegs nur auf die Energiewirtschaft beschränken. Energiewirtschaft und Klimaschutz gehören zusammen und bilden in unserer heutigen Zeit einen wichtigen Bestandteil des Umweltschutzes. Deshalb ist es naheliegend, auch alle umweltrelevanten Themen in diesem Ausschuß zu beraten.

Wir schlagen vor, daß der Ausschuß für Energiewirtschaft thematisch erweitert wird zu einem Ausschuß für Energie und Umwelt.

Damit könnte zugleich der vielbeschäftigte Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt entlastet werden und sich auf die Stadt- und Ortsteilentwicklung und weitere Bauthemen konzentrieren. Eine Abtrennung der meist mit den Bauthemen konkurrierenden Umweltangelegenheiten ist auch aus inhaltlichen Gründen angeraten, um die Umweltthemen aus dem Schatten der Bauthemen hervorzuholen.

In diesem Zusammenhang wäre zu prüfen, ob die fachliche Betreuung der Themen der Energiewirtschaft statt vom Verwaltungsdezernat nicht besser vom Baudezernat erledigt werden kann.

Innerhalb des Baudezernates, das zu einem Stadtentwicklungsdezernat weiterentwickelt werden könnte, wäre aus unserer Sicht sodann die Zusammenfassung der bisher in verschiedenen Sachgebieten betreuten Umweltaufgaben sowie der Aufgaben der Energiewirtschaft in einem gemeinsamen Sachgebiet Umwelt/Energie angebracht.

Dieses Sachgebiet Umwelt/Energie sollte keinesfalls untergeordneter Bestandteil eines der Bauämter sein, sondern als eigene Gliederung der Dezernatsleitung direkt zugeordnet sein, um einer Dominanz von Bauinteressen gegenüber den Umweltinteressen strukturell entgegenzuwirken.

Wir hoffen und erwarten, daß unsere Gedanken und Vorschläge in die weitere Diskussion zur Zukunft des Ausschusses für Energiewirtschaft aufgenommen werden und gegebenenfalls in eine entsprechende Vorlage zur Umstrukturierung der Ausschüsse und der Dezernate münden.



Dr. Günther Spangenberg
Vorsitzender der Fraktion

f.d.R: Gerd Markmann